

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telefax: 08 66 846-48 ppbn d

## Inhalt

Ulrich Dübber MdB warnt vor überstürzten Entscheidungen bei der Einführung des Kabelfernsehens.

Seite 1/2

Eilfriede Eilers MdB sieht wichtige Teilschritte bei der Frauenbildung.

Seite 3/4

Walter Polkehn MdB stellt kritisch fest, daß die Zahl der Kuren zurückgegangen ist.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 83

2. Mai 1978

Weder Angst vor Zeitungssterben noch vor Küchen-Porno

Die Opposition will privates Kabelfernsehen um jeden Preis

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Massenmedien der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Würde ein deutscher Fachmann von einem afrikanischen Entwicklungsland um Ratschläge für den Aufbau eines Hörfunk- und Fernsehnetzes gebeten, er könnte schwerlich die eigene, verworrene Rundfunklandschaft zur Nachahmung empfehlen. Das Nebeneinander von großen und Liliputanstalten innerhalb der ARD, die Inflation der Konferenzen, gleichberechtigter Chefredakteure und Programmdirektoren, egal ob für 25 oder drei Prozent Programmanteil, der umstrittene Finanzausgleich, der regelmäßige Kampf um die Gebühren - das hätte niemand auf dem Reißbrett zu konstruieren gewagt. Es ist so, weil es so ist und keine politische Konstellation es mehr zu ändern vermag.

Man kann es auch "organisch gewachsen" nennen, denn nur der Zufall der Besatzungszonen nach 1945 hat über die Strukturen des Rundfunks entschieden. Den Landesrundfunkanstalten gehören z.B. die Sendemasten des ersten, der Bundespost aber die des dritten Fernsehprogramms. Bei allen Programmen wiederum gehören die Kabel zum Sendemast der

Post ebenso wie auch die drahtlose Zuführung aus dem Funkhaus. Ergebnis: ewiger Streit mit der Post um die Gebühren. Rational gibt es keine Rechtfertigung. Am Ende steht die Verzweiflungstat des Norddeutschen Rundfunks, sich in mehr kommerzielle Werbung zu retten, deren Beginn vor 25 Jahren ohnehin ein Sündenfall gewesen ist.

Nach drei Jahrzehnten trüber Erfahrung im Wildwuchs, bei dem 400 selbständige Heimatzeitungen auf der Strecke geblieben sind, kann sich kein Verantwortlicher eine ähnliche Entwicklung bei den neuen Medien wünschen. Eine Ausnahme macht offenbar die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit 13 tendenziösen und polemischen Fragen sucht sie im Bundestag die Regierung auf das Glatteis zu führen und ihr die Verantwortung für Investitionsschwäche der elektronischen Industrie zuzuschreiben.

Die Opposition stützt sich auf eine am 24. April in Bonn stattgefundene Anhörung von Experten zum Thema Kabelfernsehen, die von der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft für Abgeordnete aus Bund und Ländern veranstaltet worden war. Die Vertreter der Industrie hatten dabei naheliegenderweise den Wunsch auf baldigen Start der vier Pilotprojekte für das Kabelfernsehen geäußert, was die Ministerpräsidenten der Länder am 11. Mai 1978 erneut beschäftigen wird.

Daß technische Kabelfernsehen, Breitbandkommunikation mit Rückkanal, Bildschirmtext usw. möglich sind, ist seit langem kein Geheimnis mehr. Ob sie vom Publikum überhaupt gewünscht werden, ist dagegen völlig offen und soll deshalb in den Pilotprojekten in Berlin, Köln, Mannheim-Ludwigshafen und München getestet werden. Eine realistische Prüfung, was sich der Teilnehmer die vermehrten Kommunikationsmöglichkeiten (manche sagen auch technischen Spielereien) kosten lassen will, ist erforderlich. Auf keinen Fall dürfen elektronische Investitionsruinen entstehen, für die zum Schluß der Steuerzahler aufkommen muß oder die an die private Wirtschaft für kommerzielle Werbeprogramme zwischen Wildwestfilm und Hausfrauen-Strip à la Italien verramscht werden müssen.

Sich über die "software" (die Programme) Gedanken zu machen, ist weniger Aufgabe der Industrie als die der Politik. Doch auch das ergab die Anhörung am 24. April - die Industrie hat noch nicht einmal über die Kosten nachgedacht. Auf zwischen zehn und 100 Millionen DM, völlig offen für welchen Zeitraum, bezifferten die Sachverständigen die vier Pilotprojekte. Was dabei vom Teilnehmer, von Land, Bund oder Industrie aufgebracht werden soll, war nicht einmal in Ansätzen zu erfahren. Großzügig zeigten die Industrievertreter auf Nachbarstaaten, die die deutschen Fernsehsendungen in ihre Kabelprogramme einspeisen. Daß so etwas, flächendeckend im ganzen Land betrieben, ohne Entrichtung von Lizenzgebühren an die Urheber, geistiger Diebstahl größten Ausmaßes ist, wurde mit verlegenem Lächeln quittiert.

Die Union ist nun also bereit, daß zeigt ihre Anfrage, gedankenlos in ein Abenteuer an der Medienfront zu stolpern, an dessen Ende wiederum ein Zeitungssterben droht. Weder geistiger Diebstahl noch der Küchen-Porno schreckt eine sonst kultur-politisch-sittlich betuchte Partei davor zurück, die Hemmschwelle auf das niederste Niveau herabzulassen.

(-/2.5.1978/vo-he/10)

+ + +

### Bildungschancen für Mädchen deutlich gestiegen

---

Anteil der Studentinnen hat sich weiter erhöht

Von Elfriede Eilers MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bildungsexpansion der Jahre 1965 bis 1977 hat nicht zuletzt die Bildungschancen für Mädchen in der Bundesrepublik erheblich gesteigert. Dies geht aus der Beantwortung der Großen Anfrage der Koalitionsfraktionen durch die Bundesregierung hervor. Dieter Lattmann, Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion, darf es sich als Verdienst anrechnen, durch die Zusammenstellung eines Informationspapiers, das Augenmerk besonders auf diesen Aspekt gerichtet zu haben.

Am augenfälligsten ist hierbei, daß Mädchen ihren Anteil an den Abiturienten um zehn Prozent in den letzten Jahren erhöhen konnten. Während nämlich 1965 nur ein gutes Drittel (35,5 Prozent) der Abiturienten Mädchen waren, stellten sie 1976 fast die Hälfte (45,9 Prozent).

Auch die Zahl der Frauen, die ein Studium begonnen haben, hat sich von 1965 bis 1977 um mehr als die Hälfte erhöht. Ihr Anteil liegt gegenwärtig bei knapp 40 Prozent aller Studienanfänger.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Quote der Studienabbrüche von Frauen in den letzten Jahren drastisch gesunken ist. Betrug sie vor rund zehn Jahren noch 39 Prozent (Männer 17 Prozent), so liegt sie heute bei 13 Prozent und damit fast gleich mit der Quote von zwölf Prozent bei den Männern. Parallel dazu hat sich der Anteil der Frauen an den Hochschulprüfungen erhöht: Waren es 1965 noch 26 Prozent, so erhöhte sich ihr Anteil bis 1975 auf 37 Prozent. Interessanterweise ist aber gleichzeitig die Beteiligung von Frauen an den universitären Doktorprüfungen zurückgegangen: Waren 1965 schon nur 18 Prozent dieser Prüflinge Frauen, so weist die Statistik für 1975 gar nur noch 15 Prozent aus.

Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort auf die Große Anfrage darauf, daß aber eine ähnliche positive Entwicklung wie bei Schulen und Hochschulen für die Mädchen

im Bereich der beruflichen Bildung nicht zu verzeichnen ist. Der Anteil der Mädchen an den Auszubildenden im dualen System stagniert seit Jahren bei etwas über einem Drittel (1976 genau 36,1 Prozent). An den Berufsfachschulen stellen die Mädchen zwar mit über 60 Prozent die Mehrheit. Ihre Unterrepräsentation in der Berufsausbildung kann dadurch allerdings nur zum Teil kompensiert werden, da gerade die von Mädchen am stärksten besuchten beruflichen Vollzeitschulen (wie z.B. Handelsschulen) oft keinen anerkannten Ausbildungsabschluß vermitteln.

Der Anteil der Mädchen an den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ist mit über zwei Drittel überproportional hoch. Ähnliches gilt für die jugendlichen Arbeitslosen; der Mädchenanteil betrug im November 1977 56 Prozent, im März 1978 51,8 Prozent.

Innerhalb der beruflichen Ausbildung konzentrieren sich die Mädchen auf relativ wenige Berufe, vorwiegend sogenannte "Frauenberufe", die häufig mit geringen Mobilitäts- und Aufstiegschancen, niedrigeren Einkommen und größerem Beschäftigungsrisiko verbunden sind. Während sich 40 Prozent der Jungen auf immerhin zehn Ausbildungsberufe verteilen und zwei Drittel auf 25, so werden 40 Prozent der Mädchen in nur vier Berufen (Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin, Zahnarzthelferin) und zwei Drittel in nur zehn Berufen ausgebildet.

Hier zeigt sich also - wie schon im Berufsbildungsbericht '78 der Bundesregierung angelegt -, daß zur Überwindung des traditionellen Rollenverständnisses von Frauen gerade in der betrieblichen Berufsausbildung noch viel getan werden muß.

Die solide Grundlagenarbeit der Bundesregierung bei der Beantwortung der Großen Anfrage zur Bildungspolitik ist hierfür eine wichtige Hilfe.

(-/2.5.1978/vb-hc/10)

+ + +

## Vorrang für Gesundheitsvorsorge

-----  
Zahl der Kuren ist zurückgegangen

Von Walter Polkehn MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Längst ist allen Beteiligten klar, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein kurzfristiges Phänomen unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist, sondern daß wirtschaftlicher und technischer Wandel die Arbeitslosigkeit zu einem dauerhaften Problem gemacht haben. Lösungen sind nur langfristig zu erwarten, kurzfristige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen dienen eher dazu, die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt - so gut es geht - zu entspannen und die auftretenden Härtefälle möglichst abzubauen. In diesem Zusammenhang ist die Verkürzung der Arbeitszeit als potentielle Lösung des Problems im Gespräch. Es geht darum, die in Zukunft von der Gesellschaft verlangte Arbeit gerecht auf ihre Erwerbstätigen zu verteilen.

Es ist darum sehr zu begrüßen, daß die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) sich jetzt dafür ausgesprochen hat, die Überstunden zu begrenzen. Die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitverordnung sollte durch ein neues Arbeitszeitgesetz abgelöst werden. Die bisherige Regelarbeitszeit von 48 Wochenstunden müßte auf 40 Wochenstunden gesenkt werden. Sollten diese berechtigten Forderungen durchgesetzt werden, so ergäbe sich daraus ein Folgeproblem, das auf den ersten Blick als nebensächlich abgetan werden könnte, in Wirklichkeit aber von großer Bedeutung ist.

Die Freizeit des Arbeitnehmers wird ausgedehnt, d.h. er hat mehr Zeit zur Verfügung, die er nicht im Produktionsprozeß verbringt. Diese Zeit heißt es sinnvoll zu nutzen, so daß sie vor allen Dingen dem individuellen Wohlergehen des Arbeitnehmers dient, andererseits aber auch einen gesellschaftlichen Nutzeffekt hat. Gedacht ist hier nicht nur an die ständig wachsende Freizeitindustrie, sondern primär an die Gesunderhaltung des arbeitenden Menschen. Hier stehen die Sozialdemokraten in der Verantwortung.

Unsere Sozial- und Gesundheitspolitik muß so konzipiert sein, daß sie der Freizeit sinnvolle Inhalte gibt. Den aus der Intensivierung der Arbeit resultierenden gesundheitlichen Schäden heißt es nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Freizeit

gegenüberzutreten. Ein wichtiges Instrument zur Gesunderhaltung des Arbeitnehmers sind Vorsorge- und Heilkuren, die unter gewissen Voraussetzungen auch mit einem Urlaub in unseren Kur- und Heilbädern verbunden werden können.

Wer die Situation in unseren Kurorten analysiert, stellt fest, daß die Belegungszahlen zurückgehen, die wirtschaftliche Situation immer schwieriger wird. Die betroffenen Institutionen sprechen von einem negativen Nebeneffekt des Kostendämpfungsgesetzes. Wenn dies so sein sollte - beabsichtigt war es offenbar nicht - muß davor gewarnt werden, das Kostendämpfungsgesetz falsch auszulegen und gerade im Bereich der Kuren Hemmnisse abzubauen, die im Endeffekt dazu führen, daß immer weniger Kuren verschrieben werden. Für die Bäder bedeutet das ein ständiges Abgleiten in die roten Zahlen, für die Bürger in unserem Lande einen Abbau sozialer Leistungen.

Was ist zu tun? Die Aufklärungsarbeit der Partei muß intensiviert werden. Ohne den Bürger bevormunden zu wollen, muß ihm seine Gesundheit bewußter gemacht werden und sein Eintreten zur Gesunderhaltung unterstützt werden. Bei den Ärzten (vorrangig den Hausärzten) muß darauf gedrängt werden, mehr für Heilverfahren mittels Kuren zu plädieren. Partei und Gewerkschaften haben die Aufgabe, dem kurwilligen Arbeitnehmer Mut zu verstärkter Inanspruchnahme von Kuren zu machen - ihm aber auch Schutz zu gewähren, falls er bei einer Kur um seinen Arbeitsplatz bangen muß. Nicht zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß gerade im Bereich Freizeit - Erholung - Gesunderhaltung große Kapazitäten vorhanden sind, die, werden sie voll genutzt, auch neue qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang auch deutlich darauf hingewiesen werden, daß nicht alles, was in diesem Dienstleistungssektor in Zukunft in Anspruch genommen wird, vom Staat oder den Versicherungsträgern finanziert werden kann. Einen angemessenen Eigenanteil muß der Bürger zum Erhalt seiner Gesundheit selbst beitragen. Der Staat ist verpflichtet, für ein ausreichendes und qualifiziertes Angebot zu sorgen. Dies ist zur Zeit gegeben. (-/2.5.1978/hi/lo)